

Presseerklärung zum Würzburger Ostermarsch

Die Ostermarschbewegung positioniert sich klar gegen den russischen Angriffskrieg und für die Solidarität mit der Ukraine

In allen mehr als 100 Ostermärschen haben die Veranstaltenden unmissverständlich ihr Entsetzen über den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg und ihre Solidarität mit der Ukraine bekundet. Ebenso deutlich erklärten sie ihre Ablehnung dagegen, immer mehr, nun auch schwere Angriffswaffen an die Ukraine zu liefern, weil damit der Krieg weiter verlängert wird und eskaliert, möglicherweise atomar. Das Sterben, die massive Zerstörung von Städten und Infrastruktur und die Verseuchung der Umwelt nehmen so weiter zu, ohne die militärische Übermacht Russlands letztlich brechen zu können, siehe die neuesten Nachrichten aus dem belagerten Mariupol mit der verzweifelten Bitte des Kommandanten an die Weltgemeinschaft um Evakuierung von Zivilisten und Soldaten.

Wir verstehen den Wunsch der Ukraine, sich gegen die brutale Aggression zu wehren und den Ruf nach Waffenhilfe, v.a. nachdem in Butscha die ganze Brutalität und Unmenschlichkeit der russischen Kriegsführung offenbar wurde. Wir bestreiten aber, dass Waffenlieferungen der richtige Weg sind, der Ukraine zu helfen. Ein Ende des Krieges gibt es nur auf dem Wege der Verhandlung mit Russland, so unzumutbar Gespräche mit der Putin Regierung uns auch erscheinen. Wir können das Land und seine Regierung nicht von der Weltkarte tilgen, eine friedliche Koexistenz muss gefunden werden, die auch die Interessen der russischen Führung berücksichtigt.

Erstaunlicherweise sind es gerade hohe ehemalige Militärs, die vor einem „lang dauernden Abnutzungskrieg“ (s. MP vom 19.4.) warnen und sofortige diplomatische Initiativen des Westens fordern, samt dem damit zwingend notwendigen Blick auf die Geschichte der langjährigen Ukrainekrise. Für deren Entwicklung waren nämlich grundlegend falsche, gegen Russland gerichtete Entscheidungen des Westens maßgebend: die NATO – Osterweiterung und v.a. die Eröffnung einer Beitrittsoption für Georgien und die Ukraine. Diese Politik wurde von vielen weitsichtigen, auch konservativen Politikern des Westens scharf kritisiert. Sie warnten schon vor vielen Jahren vor dem Scherbenhaufen, der nun da ist.

Mit ihrem 100 Mrd.€ Budget für die Bundeswehr neben der Anhebung der Rüstungsausgaben auf 2% des Brutto Inland Produktes verspricht die Bundesregierung uns mehr Sicherheit und setzt damit weiter auf das alte Konzept: Sicherheit durch Hochrüstung. Wir fragen uns, warum die 16fach höheren Rüstungsausgaben der NATO gegenüber Russland schon heute den Ukrainekrieg nicht verhindern konnten, und ob das 20fache vielleicht mehr bewirkt hätte?

Wir glauben, es ist Zeit „Sicherheit neu zu denken“ als ziviles, kooperatives, nicht konfrontatives Konzept, wie es im Auftrag der badischen Landeskirche in den vergangenen 10 Jahren entwickelt wurde. Dazu gehören auch Formen des gewaltfreien, zivilen Widerstandes, die entgegen landläufiger Meinung nicht wirkungslos sind, sondern, wie langjährige Studien der amerikanischen Soziologinnen Chenoweth/Stephan (Why civil resistance works) belegen, langfristig erfolgreicher und mit viel weniger Leid und Zerstörung verbunden. Für die Befähigung der Bevölkerung zu solchen Widerstandsformen haben sich nach der Krimannexion sogar mehr Ukrainer*innen ausgesprochen als für militärische Gegenwehr. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) arbeitet schon seit Jahren mit ukrainischen Partnergruppen gewaltpräventiv.

Wir sind überzeugt, dass auf die Herausforderungen der Zukunft - Klimakatastrophe, soziale Krise, Fluchtbewegungen, Terrorismus, Friedensgefährdung auch durch atomare Bedrohung - Aufrüstung und Konfrontation keine Antwort sein können, Lösungen gibt es nur gemeinsam und zivil.

Uta Deitert, ÖKOPAX e.V. Würzburg